

Medienmitteilung vom 10. Dezember 2024 | Sitzung des Bürgergemeinderats Lohnanpassungen, Leistungsaufträge, Klimaschutz und Schutz des Hardwalds

In seiner Dezembersitzung befasste sich der Bürgergemeinderat mit Lohnanpassungen, neuen Leistungsaufträgen und der Weiterentwicklung der Klimaschutzstrategie. Zudem standen die Audioprotokollierung der Sitzungen und der Schutz des Hardwalds im Fokus.

BG-Löhne: Als Betreiberin von vier Kindertagesstätten ist das Bürgerliche Waisenhaus von der Einführung des kantonalen Gesetzes zur Tagesbetreuung von Kindern betroffen. Dieses Gesetz trat rückwirkend am 1. Januar 2023 in Kraft. Das Gesetz sieht vor, dass Kitas mit Betreuungsbeiträgen jährlich ein Teuerungsausgleich auf den Lohnkosten gewährt wird, der sich nach der Entwicklung der Personalteuerung beim Kanton richtet. – Diese kantonale Regelung erfordert eine Teilrevision der Lohnordnung der Bürgergemeinde Basel (BG). Der Bürgergemeinderat (BGR) verabschiedete diese einstimmig. Zudem stimmte das Parlament im Sinne einer kontinuierlichen Optimierung («Systempflege») auch der Anhebung der Lohnbereiche und Richtanfangslöhne in der gesamten BG im Umfang von 1 % per 1. Januar 2025 zu. Im Rahmen der Kompetenzaufteilung hat der Bürgerrat zudem bereits eine generelle Lohnerhöhung beschlossen: Falls der Kanton Basel-Stadt für seine Mitarbeitenden für das Jahr 2025 eine tiefere generelle Lohnerhöhung als 0.8% gewährt, wird diese von der Bürgergemeinde Basel übernommen.

Leistungsaufträge und Budgets: Der BGR genehmigte den Leistungsauftrag 2025 für das Bürgerliche Waisenhaus. Die einzelnen Produktgruppen wurden angesichts der seit 2024 neuen Angebote leicht angepasst und umfassen «Stationäre Pädagogik», «Tagesbetreuung & Beratung» und «Immobilien, Betrieb & Kultur». Der nächste Leistungsauftrag soll sich dann wieder über drei Jahre erstrecken. Ebenso gab der BGR grünes Licht für den Leistungsauftrag 2025-2026 der Zentralen Dienste, der weiterhin die beiden Produktgruppen «Gesamtorganisation» sowie «Bürgerrecht, Integration» beinhaltet. Darüber hinaus wurden die Produktesummenbudgets 2025 des BSB, des Bürgerlichen Waisenhauses, der Zentralen Dienste sowie der Christoph Merian Stiftung durch eine Mehrheit von 29 Stimmen und (aus formalen Gründen) mit 6 Enthaltungen genehmigt.

Audioprotokollierung: Das Anliegen des überwiesenen Auftrags «Zeitgemässes Parlament: Nachvollziehbarkeit der BGR-Entscheiden im Protokoll» sollte laut Antrag des Bürgerrats mit der Verabschiedung des neuen Leistungsauftrags für die Zentralen Dienste gleich umgesetzt werden: Ein Verpflichtungskredit von rund CHF 20'000 sollte künftig die elektronische Audioprotokollierung der Parlamentssitzungen möglich machen. Dem BGR ging das zu schnell; er sprach sich mit grossem Mehr für den Gegenantrag der Aufsichtskommission aus. Der Bürgerrat ist nun beauftragt, dem BGR vor Auslösung der Beschaffung erneut Bericht zu erstatten und dabei ein Konzept zur Umsetzung vorzulegen, in dem auf Aspekte wie rechtliche Grundlagen, Komplexität der Umsetzung, Kosten und Parlamentskultur eingegangen wird.

Klimaschutzstrategie: Bürgerratspräsidentin Fabienne Beyerle vertrat den Bericht zum Auftrag von Stefan Rommerskirchen (Grüne), der sich mit der Einbettung und Umsetzung der Klimaschutzstrategie der BG befasst: Die Klimaschutzstrategie der BG wurde 2022 in Zusammenarbeit mit externen Fachleuten erarbeitet. Sie berücksichtigt die betriebliche Realität der BG-Institutionen und erfüllt die Anforderungen von Kanton und Bund. Die schrittweise Umsetzung liegt in der Verantwortung des Bürgerrats und erfolgt in enger Abstimmung mit den Direktionen der Institutionen. Das Parlament wird im Rahmen seiner Funktion als Oberaufsicht über Bürgerrat und Verwaltung in die Umsetzung miteinbezogen. – Die Aufsichtskommission (AK) formulierte bereits im Vorfeld ihre Unzufriedenheit mit dem Bericht des Bürgerrats. Im Rat stiess die Skepsis auf offene Ohren:

Der Bericht sei zu unverbindlich und vor allem sei der gewünschten Mitwirkung durch die Parlamentsmitglieder nicht Rechnung getragen worden. Der BGR folgte mit 21 zu 13 Stimmen dem Antrag der AK, den Auftrag nicht abzuschreiben. Der Bürgerrat ist nun gebeten, dem BGR innerhalb von drei Monaten nochmals zu berichten, insbesondere zu den relevanten übergeordneten Normen. Der Zusatzantrag von Stefan Rommerskirchen, den BGR noch mehr miteinzubeziehen, wurde mit 19 zu 15 Stimmen abgelehnt.

BSB Kreativwerkstatt: Zur Interpellation «Kündigungen der angepassten Arbeitsplätze im BSB (Bürgerspital Basel)» von Parlamentsmitglied Heidi Mück (BastA!) nahm Bürgerrat und BSB-Präsident Patrick Hafner Stellung. Er erklärte, dass die Kündigungen keine generelle Umstrukturierung des BSB-Angebots für Menschen mit einer IV-Rente bedeuteten. Lediglich die Abteilung Kreativwerkstatt werde von einer bisher begleiteten Arbeit auf eine betreute Tagesgestaltung umgestellt. Dies wiederum erlaube von Gesetzes wegen keine arbeitsrechtliche Anstellung mit Entlöhnung, dafür werde aber der Leistungsdruck auf die dort arbeitenden Menschen mit IV-Rente verringert. Alle Betroffenen sind vorab, auch in Einzelgesprächen, sorgfältig informiert worden. Die Kreativwerkstatt wird operativ unverändert weiter bestehen. Wer den Modus nicht wechseln möchte, kann eine Stelle innerhalb des BSB-Angebots annehmen oder wird auch bei einer externen Suche unterstützt. – Interpellantin Mück war mit der Antwort nicht zufrieden; sie wurde von Bürgerrat Hafner ins BSB eingeladen.

Hardwald ohne Rheintunnel: Die Interpellation «Verzicht auf den Rheintunnel – Entlastung für den Hardwald» von SP-Parlamentsmitglied Alex Klee bezieht sich auf die eidgenössische Volksabstimmung vom 24. November 2024, an der sich das Stimmvolk gegen einen nationalen Autobahnausbau und damit gegen den Rheintunnel in Basel ausgesprochen hat. Die Antwort gab Bürgerrat und Waldverantwortlicher Lucas Gerig: Wäre der Rheintunnel zustande gekommen, hätte dies für den Hardwald tatsächlich beträchtliche Auswirkungen gehabt. Die Planungen des Bundes (SBB, ASTRA) erfolgten oft mit erheblicher Durchsetzungsstärke, so Gerig. Für die BG sei es deshalb ein wesentlicher Vorteil gewesen, dass sie von den Bundesstellen im Vorfeld aktiv zu Verhandlungen über die Ausgestaltung des Projekts eingeladen wurde. So konnten die vorübergehend oder dauerhaft abzutretenden Flächen auf ein Minimum reduziert werden. Zudem wurden die Ausführung der im Hardwald notwendigen Arbeiten direkt durch die BG geregelt, die Übernahme von Ersatzflächen sichergestellt sowie Verlauf und Nutzung von Wegen während der Bauzeit mitgestaltet. Für die Zukunft ist festzuhalten, dass sich der Bürgerrat, wo immer möglich, dafür einsetzt, die Eingriffe in den Wald auf das absolut notwendige Mass zu beschränken. Die Forstfläche im Hardwald war und ist immer wieder Teil von Begehrlichkeiten im Rahmen übergeordneter Bauprojekte, die auch mit Enteignungen durchgesetzt werden könnten. Für diese Fälle ist es umso wichtiger, mit geeigneten Massnahmen wie Wiederaufforstung und ökologische Aufwertung die verlorene Grünfläche zu kompensieren.

Wahl: In die Einbürgerungskommission wurde Floride Ajvazi-Dirscherl (LDP) mit allen Stimmen als Nachfolgerin des verstorbenen Thomas Müry gewählt.

Migrationsstudie: Der BGR hat die Beantwortungsfrist für den Auftrag «Einbürgerung nein – aber warum?» um ein Jahr verlängert. Im Frühjahr 2025 wird eine vom Staatssekretariat für Migration durchgeführte Studie eine auch auf Basel-Stadt bezogene Auswertung ermöglichen. Der Auftrag wird auf der Basis dieser Daten bis Dezember 2025 beantwortet.

Im Namen des Bürgergemeinderats

Die Präsidentin: Patricia von Falkenstein | Die stv. Bürgerratsschreiberin: Evelyne Hefti

*Alle Unterlagen zu den Geschäften: www.bgbasel.ch/bgr-aktuell Besten Dank für eine Veröffentlichung.
Weitere Auskunft erteilt gerne: Patricia von Falkenstein; 079 458 67 22*